



050641

«Ein prüfenswerter Vorschlag»

Ständerat wandelt Solothurner Initiative zur Weiterbildungsfinanzierung in Postulat um



Der Bundesrat soll einen Systemwechsel bei der Finanzierung der Weiterbildung prüfen.

Foto: Oliver Menge

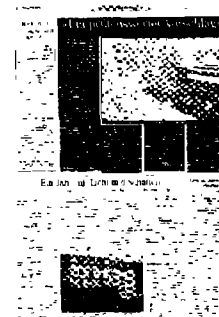
Nicht mehr die Anbieter von Weiterbildungskursen sollen subventioniert werden, sondern die Leute, welche sich weiterbilden wollen. Diesen Vorschlag hat der Kanton Solothurn vor Jahresfrist in Form einer Standesinitiative beim Bund eingereicht. Der Ständerat hat die Initiative gestern abgeschwächt und in ein Postulat umgewandelt.

GIOVANNI LEARDINI, BERN

Das Prinzip ist einfach: Bei der Finanzierung von Weiterbildung soll nicht mehr das Angebot finanziell unterstützt werden, sondern die Nachfrage. Oder anders ausgedrückt: Es sollen nicht mehr die Institutionen Geld erhalten, die Weiterbildung anbieten, sondern die Leute, die sich weiterbilden wollen – beispielsweise mittels «Weiterbildungsgutscheinen». Diese Idee hat Kantonsrätin Doris Aebi (SP, Schönenwerd) im März 1998 als Motion eingereicht. Ein Jahr später hat das Kantonsparlament beschlossen, beim Bund eine Standesinitiative zur Einführung der nachfrageorientierten Weiterbildungsfinanzierung einzureichen.

Bevor die Standesinitiative gestern im Ständerat behandelt wurde, hat sie die

zuständige Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK) vorgeberaten. Die WBK hat entschieden, dem Solothurner Begehren keine Folge zu geben. Der Vorstoss wolle «den Fächer zu weit öffnen», begründete Kommissionspräsident Pierre-Alain Gentil (SP/JU) gestern in der Kleinen Kammer diesen Entscheid. Wenn jede weiterbil-



dende Tätigkeit unterstützt würde, dann wäre das System zum Scheitern verurteilt, «das Gutschein-System würde ins Uferlose führen», so Gentil.

Bericht bis Sommer 2001

Da die Kommission den Vorschlag aber trotzdem als «prüfenswert» erachtet,

fordert sie den Bundesrat in einem Postulat auf, einen Bericht über die Möglichkeiten eines Systemwechsels bei der Subventionierung der Weiterbildung zu verfassen. Der Ständerat hat das Postulat gestern oppositionslos gutgeheissen, der Bundesrat hat sich seinerseits bereit erklärt, es entgegenzunehmen.

Der Bericht des Bundesrats sollte bis zur Sommersession 2001 vorliegen. Er soll klären, für welche Bereiche und Angebote ein Systemwechsel von der

Angebots- zur Nachfrageorientierung geeignet erscheint. Zudem soll er untersuchen, welche Instrumente – beispielsweise Gutscheine oder Darlehen – für einen solchen Übergang entwickelt werden müssten. «Dazu sind Modelle

zu erarbeiten und wenn möglich Pilotversuche zu definieren», schreibt die WBK in ihrer Stellungnahme. «Der Kanton Solothurn bietet sich als Pilotgebiet an, um Erfahrungen über die Machbarkeit, die Mechanismen und die Auswirkungen der nachfrageorientierten Weiterbildungsfinanzierung zu erhalten», hatte schon Doris Aebi in ihrer Motion von 1998 geschrieben.

Mit «Postulätchen» zufrieden

«Ich bin mit dem Postulätchen zufrieden. Das ist immerhin besser als gar nichts», so der Kommentar des Solothurner Ständerats Rolf Büttiker (FDP).

Es sei Zeit, dass die heutigen, verkrusteten Strukturen bei der Förderung der

Weiterbildung aufgeweicht und neue Wege aufgezeigt werden, sagte Büttiker gestern vor seinen Ratskollegen im Bundeshaus. In Sachen Weiterbildung sei die Schweiz nicht auf dem Weltklasseniveau, das für die Erhaltung des Wirtschaftsstandortes eigentlich nötig wäre, meinte Büttiker.

«Mit den Vorschlägen der Solothurner Standesinitiative könnten einige Probleme entschärft oder sogar eliminiert werden», zitierte Büttiker den Motionstext von Doris Aebi. Positive Konsequenzen wären etwa eine erhöhte Kostentransparenz, mehr Anreiz für die Bevölkerung, sich weiterzubilden, eine Qualitätsverbesserung beim Angebot durch mehr Konkurrenz sowie gleich lange Spiesse bei den Anbietern.